



Albigs Blick auf den Abgrund in Kiel

Von Boris Geißler

Es lief wie geölt: Kämmerer unter Schwarz-Grün in Kiel, Sprecher eines roten Bundesfinanzministers in Berlin und seit 2009 als Oberbürgermeister unter Rot-Grün in Kiel auf dem Sprung, für die SPD als Ministerpräsidentenkandidat in den Ring zu steigen. Hätte so ein Haushalts-Professional wie Torsten Albig (SPD) wissen müssen, dass Kiel sich aus Landessicht 2011 Projekte über den Durst aufhalsen würde? Oder fuhr die Kredithalbierung aus dem CDU-geführten Innenministerium wie ein Blitz aus heiterem Himmel in den Rathausturm?

Unter eben diesem Turm hatte man sich etwa die Öffnung der Holstenbrücke, ein neues Schwimmbad an der Hörn, den Abbau des 100-Millionen-Euro-Sanierungsstaus an den Schulen, Kita-Erweiterungen oder die Regionalen Bildungszentren (RBZ) ausgedacht.

Doch mit glattem Schnitt stutzte das Innenministerium die 2011 angepeilte Kreditaufnahme der Stadt von

hen Kita-Bauten auf der Kippe, immer noch will die FDP StadtRegionalBahn aufs Abstellgleis rangieren.

Während die Opposition es schon immer besser gewusst haben will, rechnen Albig und Meyer vor, dass Verzicht teuer werden kann. Hätten die Verweser des städtischen Haushalts eine Kappung von neun Millionen des Kreditsbedarfs noch klaglos akzeptiert, sogar damit gerechnet, geht laut Albig die aktuelle Streichung „an die Substanz“. Allerdings zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass die Stadt nach dem Teil-Verdikt von Innenminister Klaus Schlie mitnichten vor dem Abgrund steht, sondern dass die Projekte von Mensen- und Schulsporthallenbau bis zum Rettungsfahrzeugkauf, von Innestadtumgestaltung und Schwimmbadbau sich schmerzlich verzögern werden. Von einem Jahrzehnt spricht Albig – für Eltern, deren Kindern jetzt eine Sporthalle fehlt oder deren Nachwuchs jetzt einen Ki-

55,8 auf 30 Millionen Euro. Ließe sich kommunale Handlungsfreiheit teilen, wäre sie jetzt fast halbiert. Und das dauerhaft, da das Ministerium angekündigt hat, auch künftig ähnlich liebevoll auf Kiels Kreditwünsche zu sehen.

Seine Aufgabe sei zu zeigen, was die Stadt braucht, sagt Albig, für den wie für seinen Kämmerer Gert Meyer (CDU) das strenge ministerielle Gebaren „Schule des 19. Jahrhunderts“ ist. Denn: Was die Stadt über Kredite finanzieren will, sei für sie notwendig und rentierlich. Da sich das Bad an der Hörn im Haushalt 2011 mit vier Millionen, die RBZ und die Innenstadtentwicklung sogar kaum im Haushalt niederschlagen, hat der größte Posten mit duftigen Visionen wenig zu tun: Um die 20 Millionen Euro sollen ins Abwassersystem fließen, da hat die Stadt kaum eine Wahl. „Hier geht es nicht um Leuchtturmprojekte, sondern um Notwendiges“, wettet Albig, auch wenn er der Stadt insgesamt ein „ambitioniertes Kreditvolumen“ attestiert. Dem Land war das zu ambitioniert, und schon mahnt die CDU eine „striktere Planung“ mit genaueren Zahlen für den Schulbau an, schon ste-

taplatz braucht, ist das eine lange Zeit. „Der Weg des Ministeriums ist außerdem teuer“ und treibe die Stadt in Zwickmühlen: So ist für die Innenstadtumgestaltung gerade ein Förderbescheid in Höhe von drei Millionen Euro aus dem Innenministerium eingetrudelt, so sind Landes- und Bundesförderungen für den Anschluss der A 21, die Neuregelung an der A 215 oder die Sanierung des Barkauer Kreisels an Eigenkapital gekoppelt. Kein Kieler Geld heißt gar kein Geld. Oder: Als die Stadt beim Sozialministerium anfragte, ob Kita-Gruppen größer sein dürften, hieß es „Njiet“ im Hause Heiner Garg (FDP) – doch der Rechtsanspruch auf Kitaplätze ist wie auf Mensen an G-8-Gymnasein kaum abweisbar. Schwierig auch ist die Verzögerung bei den RBZ, wenn die Förderung dafür 2015 ausläuft.

Albigs Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung war so wenig zu überhören wie sein Wunsch, Kommunen zu stärken und sein Werben für große Projekte. Damit hat sein Karrieremanagement ein haus- und landgemachtes Problem: Verwirklicht wurde wenig. Das aber mit geölten Worten